

„In Viterbo kann ich wählen“

Ein Plädoyer für Europa von Gerald Baars

2012 erhielt die Europäische Union den Friedensnobelpreis „für über sechs Jahrzehnte Beitrag zur Förderung von Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten in Europa.“ Seit 1945 leben wir in Frieden, Freiheit und sozialer Sicherheit, so lange, wie noch nie in unserer Geschichte und wie an kaum einem anderen Ort der Erde. Die alte Dame in London habe ich bis heute nicht vergessen, die mich 1973 bat, in ihrer Anwesenheit den Mund zu halten: „Ich habe nichts gegen Sie, aber ich kann Ihren deutschen Akzent nicht ertragen.“ Der schrecklichste Krieg in Europa lag damals noch keine 30 Jahre zurück. Es gab noch Grenzkontrollen. An die Staus an den Schlagbäumen kann ich mich gut erinnern. Nur schrittweise rückten die Feinde von einst zusammen. Annäherung und Versöhnung waren ehrgeizige Ziele.

Über Montanunion, Wirtschaftsgemeinschaft und EG kamen wir uns näher bis hin zur heutigen Europäischen Union: einem Staatenverbund mit Wirtschafts- und Währungsunion, gemeinsamer Rechtsstaatlichkeit und Freizügigkeit. Heute ist es ein Inlandsflug nach Rom. Dort kann ich arbeiten und leben wie in Deutschland. Denn in der EU haben wir eine gemeinsame europäische Staatsangehörigkeit. Meine Rente verprasse ich heute in Viterbo in Latium. Gabriella hat sich über ihre neuen Nachbarn gefreut. Etleva und Jeti haben geholfen, unsere „Casa“ einzurichten, Michela hat uns gezeigt, wo wir Strom, Gas, Telefon und Wasser bekommen, und wie wir uns im Rathaus anmelden. Für sie sind wir keine Fremden, sondern „Viterbesi tedeschi“, deutsche Nachbarn. In Viterbo kann ich auch wählen: bei den Kommunal-

und Europawahlen. Es ist unglaublich, was die Visionäre eines gemeinsamen Europas erreicht haben. Ein Traum ist Wirklichkeit geworden. Doch warum ist er für immer mehr Menschen zum Albtraum geworden? Lobbyisten und Partikularinteressen gab es schon immer. Manche Häme wurde zu Unrecht der Europäischen Kommission zuteil, aber auch sie hat Fehler gemacht und Entscheidungen nicht genügend begründet und transparent gemacht. Solche Fehler machen auch nationale Regierungen oder Stadtverwaltungen. Das ist nicht die wesentliche Ursache für die wachsende Ablehnung der EU. Ernsthafte Erschütterungen gab es nach der Finanzkrise 2008. Griechenland, später auch Spanien, Irland und Portugal konnten die Stabilitätskriterien der EU nicht mehr einhalten. Sie mussten gestützt werden und



schmerzhaftem Anpassungsprozess vornehmen. Die Umbrüche und Kriege in den arabischen Ländern haben dann 2015 zu einer Flüchtlingsbewegung geführt, wie sie Europa seit dem zweiten Weltkrieg nicht mehr erlebt hat. Vor allem Griechenland und Italien fühlten sich im Stich gelassen. Um den Druck zu mindern, hat Deutschland in einer humanitären Geste zeitweise die Grenzen geöffnet. Die Folgen waren eine um sich greifende Angst vor Überfremdung, Wohlstands- und Kontrollverlust und der Zulauf zu populistischen, ausländerfeindlichen Parteien. Darin begründet ist auch das Brexit Votum im Sommer

2016. Jetzt haben wir ein handfestes Problem. Wollen wir wirklich die Errungenschaft eines vereinten Europa mit offenen Grenzen, gemeinsamer Staatsangehörigkeit, den Prinzipien von Recht und Freiheit, aufs Spiel setzen oder gemeinsam und solidarisch die Her-

ausforderungen unserer Zeit bewältigen? Wenn wir das wollen, müssen wir populistischen Demagogen eine klare Absage erteilen. Schlagbäume und nationalistische Politik führen zurück in eine unheilvolle Vergangenheit.

.....
Mit dem Vertrag von Maastricht wurde am 7. Februar 1992 der Vertrag über die Europäische Union abgeschlossen. Im Artikel 2 heißt es: „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“

Termine im Juni 2019

Zur Lage der Menschenrechte in Brasilien

Dienstag, 18. Juni 2019, 19.30 Uhr, VHS Hamm

(1. Etage VHS, in Koop. mit ai Hamm)

Referent: Dr. Thomas Fatheuer, Journalist, Buchautor und Vorstandsmitglied des Netzwerks Kooperation Brasilien e.V.

Moderation: Claudia Hartig (ai Gruppe Hamm)

Der Eintritt ist frei.



Auf Initiative der Amnesty International-Gruppe Hamm und FUGe referiert Dr. Thomas Fatheuer, Journalist und Buchautor, über die Lage der Menschenrechte und den politischen Umbruch in Brasilien. Seit Anfang des Jahres regiert der rechtsextreme Präsident Jair Bolsonaro – ein Politiker, der seine Verachtung für Menschenrechte und Demokratie nie verhehlte. Leider war dies nicht nur Wahlkampfretorik, es folgen nun die Taten. Seit Januar 2019 nehmen Polizeigewalt und Straflosigkeit zu, ebenso wie Vertreibungen und Landraub, Diskriminierung und Übergriffe gegen Min-

derheiten und Umweltschützer. In seinen ersten Amtshandlungen hat Bolsonaro das Ministerium für Menschenrechte aufgelöst und die Zuständigkeit für die Territorien der indigenen Bevölkerung an das Landwirtschaftsministerium übertragen. In der Veranstaltung präsentiert Dr. Thomas Fatheuer ein genaues Bild der aktuellen Lage in Brasilien. Wie gehen die sozialen Bewegungen mit der neuen Situation um? Welche Strategien verfolgen sie jetzt und wo ist internationale Unterstützung sinnvoll?

Die Veranstaltung findet in Kooperation mit der VHS Hamm statt.

Der Fall KiK – Warum sind Unternehmen für Menschenrechte verantwortlich?

Donnerstag, 27. Juni 2019 19 Uhr, VHS Hamm

Referentin: Theresa Lankes, Wirtschaftsjuristin für menschenrechtliche Unternehmensverantwortung
 Der Eintritt ist frei.

Im Jahr 2012 starben 260 Arbeiter/innen bei einem Brand in der pakistanischen Textilfabrik Ali Enterprises, in der auch der deutsche



Textildiscounter KiK nähren ließ. Ein pakistanischer Überlebender und drei Angehörige von Verstorbenen dieses Brandes klagen über einen

Berliner Anwalt vor dem Landgericht Dortmund gegen den Textildiscounter KiK. Der Fall KiK ist daher einmalig in Deutschland. Er wirft viele Fragen auf: Müssen wir vor jedem Einkauf überlegen, wo unsere Kleidung herkommt? Wie sollten sich Unternehmen an die Menschenrechte halten? Was sagen Politik und Recht zu Unternehmensstrafrecht? Zu diesen Fragen vermittelt die Wirtschaftsjuristin Theresa Lankes Wissen und Vorschläge, wie jede und jeder konkret zu Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Näher/innen beitragen kann. Anschließend gibt es Zeit für Fragen, Kommentare und Diskussionen.

In Kooperation mit Amnesty International und der VHS Hamm.

Diese Veranstaltung findet im Rahmen des Projekts „Nachhaltig konsumieren – Ressourcen schonen“ statt, das von der Stiftung Umwelt und Entwicklung gefördert wird.